

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses. Darüber hinaus wies er auf den modifizierten Beschlusstext zu Ziffer 5 des Beschlussvorschlages aus der Sitzung des Finanzausschusses und des Kreisausschusses hin.

Er stellte fest, dass die Beschlussfassung über die Ziffern 1 bis 6 des Beschlussvorschlages nicht getrennt erfolgen werde.

KTM Kemper wies auf den gestiegenen Jugendamtsumlagesatz hin, der den dem Kreisjugendamt angeschlossenen Kommunen große Probleme bereite.

Seine Fraktion werde aus aktuellem Anlass vor dem Hintergrund der Aufnahme vieler minderjähriger ukrainischer Flüchtlinge dem Beschlussvorschlag zustimmen. Ansonsten hätte man den Beschlussvorschlag abgelehnt. Seine Fraktion sei der Ansicht, es sei dringend notwendig, dass die Verwaltung nach Wegen suche, die Kosten im Jugendamtsbereich mindestens stabil zu halten ohne zeitgleich die Qualität der Jugendarbeit zu reduzieren.

KTM Dr. Bieber entgegnete, man könne der Verwaltung keine Vorgaben machen, von denen man jetzt bereits wisse, dass sie diese nicht einhalten könne. Es gebe steigende Bedarfe bei den Kindergärten, bei den Heimunterkünften und bei der allgemeinen Sozialberatung. Darüber hinaus verwies KTM Dr. Bieber auf die vergleichbaren Kostensteigerungen bei den Kommunen mit eigenem Jugendamt.

Es habe Gespräche mit allen Kämmerern und Kämmerinnen sowie mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der betroffenen Kommunen gegeben. Die meisten Stellungnahmen zu allgemeinen Kreisumlage seien aufgrund ihrer Senkung positiv ausgefallen, da sie die Kommunen de facto stark entlaste. Der Rhein-Sieg-Kreis habe die niedrigste Kreisumlage im Regierungsbezirk Köln.

Die Corona-Pandemie, die Flutkatastrophe und nun die Flüchtlingszahlen wegen der Ukraine-Krise führen dem Kreis vor Augen, welche Defizite vorhanden seien und womit man in der Vergangenheit ggf. zu sorglos mit umgegangen sei. Das müsse nun bewältigt werden, um in Zukunft handlungsfähig zu sein. Demnach seien die Personalanforderungen allesamt substantiiert.

Er dankte dem Landrat, der Kämmerin und allen Verwaltungsmitarbeitern für ihre Arbeitsleistungen, die sie in den vergangenen beiden Jahren in einem „Dauerkrisenmodus“ erledigt haben.

KTM Steiner sagte hinsichtlich des Redebeitrags von KTM Kemper, wenn behauptet werde, dass die Jugendamtsumlage zu hoch sei, müsse man sagen, was und wo eingespart werden müsse. Zudem verwies er auf die rechtlichen Vorgaben des Landes hinsichtlich der U-3 Betreuung, die kostenintensiv seien. Darüber hinaus seien die Kosten für die Kindergartenplätze gestiegen. Diese Kosten müssen aufgebracht werden und werden demnach mit der Jugendamtsumlage erhoben.

Weiter wies KTM Steiner darauf hin, dass es den Kommunen mit einem eigenen Jugendamt in Puncto Kostensteigerungen ebenso ergehe wie dem Kreisjugendamt. Darüber hinaus wies er auf die Problematiken hinsichtlich der Heimunterbringung und der Pflegefamilien hin.

Bezüglich der Kreisumlage bemühe sich der Rhein-Sieg-Kreis seit Jahren die Kommunen zu entlasten, sodass man heute den Nachtragshaushalt trotz der Ereignisse der vergangenen Jahre wie beispielsweise Pandemie und Flutkatastrophe mit einem guten Ergebnis verabschieden könne. Die Zukunft biete weitere große Herausforderungen, denen man sich als Kreis stellen werde. Der Rhein-Sieg-Kreis werde weiterhin ein verlässlicher Partner der Kommunen zu sein.

KTM Tandler sagte, neben der Thematik Jugendamtsumlage müsse auch das Thema ÖPNV bzw. der ÖPNV-Umlage angesprochen werden. Für eine Verbesserung im ÖPNV müssten Land und Bund erheblich zahlen. Die Einführung des „9 Euro-Tickets“ werde die Kommunen erheblich belasten, was auch die Umsetzung dieses Tickets einschließe. Insofern werde man in den nächsten Jahren zum Thema Jugendamtsumlage und ÖPNV-Umlage vieles mit den Kommunen zu erörtern haben.

Bezüglich des Stellenplans teilte KTM Tandler mit, seine Fraktion habe sich in der Sitzung des Personalausschusses bei der Beschlussfassung hierüber enthalten. Nachdem die Kreisdirektorin seiner Fraktion die Thematik der Einrichtung von Personalstellen nochmals dargestellt und erörtert habe, werde seine Fraktion heute dem Nachtragsetat zustimmen können.

KTM Dr. Fleck sagte, er danke der Verwaltung für die Beantwortung seiner Anfrage zum Thema Jugendamtsumlage und wies darauf hin, dass viele Kommunen ihr Einvernehmen nicht erklärt hätten. Insbesondere die Gemeinde Eitorf müsse ca. 10 Millionen Euro aufbringen. Er sehe dort keine Zustimmung. Diese Angelegenheit müsse hinsichtlich der Sinnhaftigkeit näher beleuchtet werden.

KTM Otter bemerkte, wenn sich Hauptverwaltungsbeamte in Sachen Jugendamtsumlage kritisch äußerten, könne das nicht unbegründet sein. Insofern halte er beide Redebeiträge von KTM Steiner und KTM Dr. Bieber der Sache nicht angemessen. Vor dem Hintergrund, dass man von zwei verschiedenen Haushaltssystemen spreche, nämlich dem Jugendamtshaushalt und dem allgemeinen Haushalt, würden die Ausgaben vermischt.

Die Kritik von KTM Kemper habe sich ausschließlich auf den Jugendamtshaushalt bezogen. Dennoch werde dort wichtige Arbeit geleistet.

KTM H. Becker wies darauf hin, dass es in den letzten 10 Jahren zu einer exponentiellen Steigerung der Kosten für die Heimunterbringung gekommen sei. Vor dem Hintergrund der sexuellen Gewalt an Kindern und teilweisen Verwerfungen in Familien sei es eine schwierige Situation für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kreisjugendamtes und der Jugendämter in den Kommunen, wenn sie ein Kind nicht in einem Heim unterbringen und die Entscheidung falsch war und sie persönlich haftbar gemacht werden.

Darüber hinaus hat aufgrund des Datenschutzes nicht jedes Ratsmitglied die Möglichkeit, sich die Fälle genau anzuschauen und Lösungen zu entwickeln.

Es sei ein großes Dilemma für alle Kommunen und für die Jugendämter, an dieser Stelle für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen einer Betreuung zu sorgen, die eine Heimunterbringung entbehrlich mache und die zeitgleich verhindere, dass etwas mit dem Kind passiere.

Darüber hinaus sei der Eindruck, der hier erweckt werde, zurückzuweisen, dass der Rhein-Sieg-Kreis mit seinem Kreisjugendamt die Kommunen finanziell abzocke.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

Der Landrat verwies auf den Beschlussvorschlag, verlas die modifizierte Ziffer 5 des Beschlussvorschlages und ließ über den Beschlussvorschlag insgesamt abstimmen.